

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesner
Gernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postkammer: Dresden 1330
Nr. 22

Nr. 293.

Freitag, 16. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 6.— Mark ohne Postgebühren. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (7 Zeilen) 2.— Mark, Preis für 17 1/2 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (7 Zeilen) 1.75 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, Nachweilung und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Zeitliche Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner. Geschäftsführer: Goebelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähmel, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Es ist in letzter Zeit wahrgenommen worden, daß Kuhhalter ihre Fettmilchlieferung im bisherigen Umfang nicht aufrecht halten, sondern diese Fettmilch wohl zum Teil zum Verbuttern verwenden, und so geschieht es, daß andere, willige Milchlieferanten von Verbrauchern über das Maß in Anspruch genommen, und diese nicht genügend beliefert werden.
Zur Verhinderung eines Notstandes in der Versorgung der Bevölkerung mit Milch, besonders zur Sicherung des unentbehrlichen Milchbedarfes haben Kuhhalter die bisherigen Fettmilchlieferungen unbedingt einzufahren.
Eintretende Notstände in der Milchversorgung würden den Kommunalverband zu Maßnahmen veranlassen, wie sie in der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 1. Dezember 1921 (abgedruckt in der Sächs. Staatszeitung vom 2. Dezember 1921 Nr. 280) enthalten sind.
Die Herren Gemeindevorstände und Gutsvorsteher wollen ihr Augenmerk besonders darauf richten, daß Maßnahmen getroffen, daß Kuhhalter ihre alten Beziehungen zu den Milchabnehmern aufrecht halten und sich ihren Verpflichtungen nicht entziehen.
Großenhain, am 15. Dezember 1921. 26 a IV.

Der Kommunalverband.

Milcharten betr.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten auf die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1922 findet für Kinder vom 1. bis 12. Lebensjahre, für schwangere Frauen und für Verletzte vom vollendeten 65. Lebensjahre ab im Rathaus, Lebendmittellager — Zimmer Nr. 15 — wie folgt statt.
Diejenigen, die ihre Brotmarken im „Hotel Stern“ holen, am 19. 12., nachm. 2-6 Uhr in der „Polizeiwache“ holen, am 20. 12., nachm. 2-6 Uhr im „Hotel Kronprinz“ holen, am 21. 12., nachm. 2-6 Uhr in der „Anabenschule“ holen, am 22. 12., nachm. 2-6 Uhr im „Café Wolf“ holen, am 23. 12., nachm. 2-6 Uhr in der „Herbergs-Heimat“ holen, am 24. 12., vorm. 8-12 Uhr in der „Guten Quelle“ holen, am 27. 12., nachm. 2-6 Uhr in der „Dampfbad-Anstalt“ holen, am 28. 12., nachm. 2-6 Uhr in der „Stadt Dresden“ holen, am 29. 12., nachm. 2-6 Uhr im „Hotel Deutsches Haus“ holen, am 30. 12., nachm. 2-6 Uhr

Zur Ausstellung der Karten zum Bezuge der Vollmilch sind unbedingt Ausweispapiere (Geburtsurkunde, Familienstammbuch oder dergl. und der letzte Milchartenausweis) mitzubringen. Ohne Vorlegung dieser Papiere erfolgt keinesfalls Ausgabe von Milcharten. Bei verspäteter Abholung der Karten ist eine Gebühr von 50 Pf. für besondere Abfertigung zu entrichten.
Der Rat der Stadt Riesner, am 16. Dezember 1921. Die.

Festzug zur Einholung der Glocken.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand wiederholt seine Einladung zur Teilnahme an dem Festzuge und bittet die Geladenen in der Annahme, daß die Glocken nach einander, sich für Sonntag, den 18. d. M. zum Stellen vorm. 11 Uhr auf dem Georgplatz bereit zu halten. Wenn der Festzug zu dieser Zeit stattfinden kann, wird am Sonntagabend vorher abends 7/8 Uhr mit den Glocken beider Kirchen eine Viertelstunde geläutet werden. Besondere Einladungen ergehen nicht.
Der Kirchenvorstand, Friedrich.

Auf Grund der vom Reichsrat erlassenen Bestimmungen über die Vermögenssteuer unterliegen vom 15. Dezember 1921 ab alle im Gemeindebezirke veranlagten Vergnügungen einer Steuer.

Wenn Eintrittskarten für die Vergnügungen auszugeben werden, wird die Steuer nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten berechnet. Die Eintrittskarten sind vor der Ausgabe bei der Steuerkasse zur Abkempfung vorzuliegen. Die Steuerkasse kann bei der Anmeldung der Vergnügungen die Leistung einer Sicherheit in der vorausgesetzlichen Höhe der Steuerzahlung verlangen. Die Teilnahme an den Vergnügungen darf nur gegen Vorlegung und Entwertung der abgestempelten Eintrittskarten gestattet werden. Für steuerpflichtige Vergnügungen, bei welchen Eintrittskarten nicht auszugeben werden und ein Entgelt nicht erhoben wird, wird eine Kaufsteuer erhoben. Die Hinterziehung der Steuer wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft.
Die Bestimmungen über die Vermögenssteuer liegen zur Einsichtnahme für Jedermann im Gemeindeamt, Zimmer 5 (Steuerkasse), öffentlich aus.
Gröbba (Elbe), am 14. Dezember 1921. Der Gemeindevorstand.

Verliches und Sächliches.

Riesner, den 16. Dezember 1921.

Kirchliches. Wie werden gebeten, an der Bekanntmachung des Kirchenvorstandes im amtlichen Teil noch folgendes bekannt zu geben. Der Festzug stellt auf dem Georgplatz und zieht zur Einholung der Glocken nach dem Bahnhof. Dort werden die Glocken durch Gesang der vereinigten Gesangsvereine und mit einem Gedicht, gesprochen von einer der Rinder Gottesdienstleiterinnen, begrüßt und dann nach dem Georgplatz vor die Kirche geleitet. Dort findet der Räte wegen nur eine ganz kurze Feier statt. Die Weihe soll am 1. Weihnachtstages in der Hauptgottesdienst stattfinden. — Die Korporationen, die Fahnen besitzen, werden gebeten, diese mitzubringen. Auch wird nochmals um Beflaggung der Häuser gebeten. Am Montag abend findet voraussichtlich ein Familienabend im „Stern“ statt. Nähere Einladung wird noch ergehen.
Konzert der Neubert-Cornell-Instrumental-Kapelltruppe im Hotel Hüfner. Es war ein einzigartiges Konzert, unübertrefflich. Die Kapelltruppe wurde den Vorangehenden durchsagen gerichtet. Es war hochinteressant und für Musiker wie Laie lehrreich, auf welche eigenartige Weise Töne erzeugt werden können und welche Klangfarbe sie haben, z. B. bei der amerikanischen Blasinstrumente und den 4 verschiedenen Holzbläsern, und mit welcher Fertigkeit diese bedient werden. Die Veranstaltung ist unbedeutend, nicht nur auf ihren eigenartigen Instrumenten, sondern auch auf dem Klavier und auf der Violine. Der Violinist führt leicht und elegant den Bogen und überwindet technische Schwierigkeiten mit Talent, diskret begleitet auf dem Flügel. Aus der Vortragsfolge sei besonders hervorgehoben die Zeit-Quartette auf Saxophon (Sax: Gräbner) von Ventner. Es sind Blasinstrumente, die einer Klarinette ähneln, auch fast so gespielt werden und eine monumentale Klangwirkung erzeugen. Die Quartette zu „Dichter und Bauer“ auf dem Saxophon war eine Klangleistung, mit welcher fabelhafter Geländigkeit und elastischer Bewegung der Klarinettist seine kleinen Hämmer führte. Das Blasinstrument abgeflimmert (ohne Wasser) Weingläser wirkte stimmungsstark, wie die Fernwirkung zweier Orgelregler, der Flauto und Violine. Als Klangleistung wäre das Potpourri a. d. Oper „Marta“ von Flotow auf der amerikanischen Blasinstrumente zu bezeichnen. Die ausgezeichnete Vortragsart der Klarinette, die durch und durch musikalisch ist, und die wunderbaren Klänge unter Berücksichtigung dynamischer und rhythmischer Varianten, kam vollendet zur Geltung. Lebhafter Beifall wurde allen Darbietungen, die durch gewürzten Humor und originelles musikalisches Merkmal unterbrochen wurden, gezollt. Es ist zu wünschen, daß der heutige Abend dieser eigenartigen Klarinette besser besucht wird als der heutige.

Die Verkehrsverhältnisse in Sachsen. Die Reichsregierung hat folgende Anfrage eingekommen, von deren sachliche Seite die Reichsregierung erwidert: Dem Reichsminister des Reichsbahnen. Von den für Sachsen bestimmten Lokomotiven befinden sich 50 Prozent in Reparatur. Wichtige Güterverkehrspunkte, wie die Bahnhöfe Zwickau, Glauchau, Schönbach, sind völlig verstopft. Die Kohlenversorgung für Industrie und Hausbrandbedarf ist auf das äußerste bedroht. Was denkt die Reichsregierung zu tun, um diese unannehmbare Lage zu beheben und ihre Wiederkehr für die Zukunft zu verhüten?

Ueber Sachsen ist eine Kohlennot schwerster Art herabgebrochen. Der Betrieb der Gaswerke und verschiedener Elektrizitätswerke ist in Frage gestellt. Zahlreiche industrielle Betriebe und die Hausbrandversorgung sind gefährdet. Schon seit Mai sind dauernd große Mengen an oberirdischer Steinkohle ausgefallen. Die Gaswerke konnten aber ihren Betrieb durch Zuzugewinnung von sächsischer Steinkohle aufrechterhalten. Der Rückgang der Förderung im sächsischen Steinkohlebergbau während der Monate September bis November hat auch diese Hilfsquelle verstopfen lassen. In diesem Winter stehen noch weniger Steinkohlen zur Verfügung als in den vorangegangenen. Hinzu kommt der Ausfall an böhmischer Braunkohle. Weil die sächsischen Kohlenverhändler seit dem 12. November Kronenpreise für die böhmische Kohle berechnen, ist diese zugleich durch die hohen Porträkten um zweieinhalb bis drei mal teurer geworden. Vielen Verbrauchern, besonders Elektrizitätswerken, ist hierdurch der Weiterbesitz böhmischer Kohle fast unmöglich geworden. Die außergewöhnliche Trockenheit dieses Jahres hat ebenfalls sächsisch gewirkt, weil viele sonst mit Wasserkraft arbeitende Betriebe während dieses Winters wesentlich mehr elektrischen Strom beziehen und mehr Kohle verbrauchen müssen als sonst. Und dabei benötigt die Industrie ganz allgemein wegen fortwährenden Geschäftsganges besonders viel Kohle und gesteigerte Mengen von elektrischer Energie und Gas. An elektrischer Energie wird im Durchschnitt etwa 40 Prozent mehr abgegeben als im Vorjahr. Trotz alledem würde die Lage sich durch Zuzugewinnung von Braunkohle aus anderen Regionen wesentlich mildern lassen. In den Elektrizitätswerken lagern zurzeit Tausende von Tonnen Braunkohle. Das Unglück ist aber, daß die Reichsbahnen in weitem und gefährlichem Umfang verstopft sind. Eine große Anzahl von Bahnhöfen ist verstopft, so daß mit Kohlen oder Elektrizität beladene Wagen nicht einmal abgefahren werden können. Dieses Verhagen der Bahn hat die Abnahmefähigkeit verschiedener Elektrizitätsfabriken so gemindert, daß sie jetzt in einer Zeit höchster Kohlennot, ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt haben. Die Gaswerke und die Elektrizitätswerke, sofern letztere nicht auf Braunkohlenfeldern liegen, werden durch ihre trostlose Lage gezwungen, auf scharfe Einschränkungsmaßnahmen und Sperrungen zuzutreten. Nur so wird sich ihr Betrieb wenigstens noch teilweise aufrechterhalten lassen. Trotzdem wird sich der Stillstand einiger Gas- und Elektrizitätswerke, aber auch verschiedener industrieller Betriebe nicht vermeiden lassen. Die Folgen für unser Wirtschaftsleben brauchen nicht ausgemacht zu werden. Es muß daher jeder Verbraucher von Gas, Elektrizität, Kohlen und Braunkohle sich selbst sofort die größten Einschränkungen auferlegen. Der andere handelt, macht sich mit Rücksicht auf den sonst hereinbrechenden Unflut.

Das höhere Schulwesen. Der Haushaltsausfall des Landtages behandelte gestern das Kapitel 14 des ordentlichen Staatshaushalts, höhere Schulen betr. Von verschiedenen Seiten wurde die Einstellung höherer Beträge in den Staatshaushalt zu dem Zwecke gewünscht, um die bisher den Gemeinden für ihre höheren Knaben- und Mädchen Schulen gewährten Zuschüsse auch auf die höheren Mädchen Schulen ausdehnen zu können. Nach etwaiger Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung Dr. Dehne angenommen, die die Regierung ersucht, zu erörtern, ob

die Beihilfen für die höheren Mädchen Schulen gewährt werden können. Weiterhin wurde eine Vermehrung des Turnunterrichts an den höheren Schulen gewünscht. Die gewünschte Genehmigung zum Ausbau der bisherigen Realschule in Verbindung zur Oberrealschule und im Anschluß an diese Realschule. In der Schulgesetzgebung trat die Kommunität für völlige Schulfreiheit, die Reichsstaatsabemokraten für eine Straffung des Schulgeldes nach dem Einkommen ein. Als Unterstützung für die Kandidaten des höheren Schulamtes sind im vergangenen Jahre die vorgesehene 150 000 Mark bei weitem nicht aufgebracht worden. Der Ausschuss beschloß deshalb, die bisherige Beschränkung der Unterstützungsberechtigten für die anstellungsfähigen Kandidaten zu streichen. Im übrigen wurde das Kapitel fast unverändert angenommen.

Der Landesjugendverband der sächsischen Betriebskrankenkassen schreibt uns: Die aus Mitgliedern unseres Verbandes gebildete Heilstätten-Gesellschaft für sächsische Betriebskrankenkassen m. b. H. hat die Villa „Gutshaus“ in Wehlen als Erholungsheim erworben. Sie liegt über der sogenannten kleinen Bucht und ist sonach landschaftlich sehr schön gelegen. Das Erholungsheim wird im Frühjahr des nächsten Jahres eröffnet werden.

Weihnachtsfeste zur die Abisnon-Gefangenen. Die im Vorjahre, so hat auch dieses Jahr das Sächsische rote Kreuz seinen noch immer in Abisnon gefangenen gehaltenen sehr Mühevollen wieder eine Weihnachtsfeier abgemittelt, deren Empfang sie unter dem Ausdruck ihrer Freude über das Gedenken der Heimat und des herrlichsten Dankes bezeugt hat.

Paulitz. Nächsten Sonntag abend sollen im Gasthof zu Paulitz die Aufführungen des Kirchenorchesters und des Jungmännervereins, die vor kurzem in Jahnshausen stattfanden, auf vielseitigen Wunsch hin wiederholt werden. Der Reinertrag soll wieder dem hiesigen Glockenfond zugeführt werden.

Strehla. Schon während des vergangenen Jahres fehlten bei dieser oder jener Kaffe des hiesigen Rathauses kleine, manchmal auch schon größere Beträge. Vorige Woche gelang es, den Dieb in Gestalt eines 19-jährigen Schreiblehrlings zu fassen. Anfanglich wurde alles geleugnet, als aber unumstößliche Beweise erbracht wurden, kam es zu einem Geständnis. Gegen 800 Mark sind als gestohlen angegeben worden. — In einem andern Falle ging ein junger Mann gleichen Alters, der sich durch arbeitslose Auszeichnung, vorige Woche in ein hiesiges Schuhwarengeschäft, ließ sich für andere unter schwindelhaften Angaben einige Paar Schuhe anhängen und verkaufte diese Schuhe wieder, bloß um Geld zu haben und seinen Neigungen gemäß leben zu können.

Dresden. Auf ein Telegramm der Berliner Kriminalpolizei hin, daß vier der freitäter Räuber gefasst seien, begaben sich die zwei überfallenen Beamten des Siemenswerkes nach Berlin zwecks Gegenüberstellung der Verdächtigten. Bei ihrer Ankunft wurde ihnen eröffnet, daß die vier in einer Berliner Kasse festgenommenen Verbrecher bereits ein Geständnis abgelegt hätten. Der Anführer der Verbrecherbande ist der langgesuchte Bögel aus Gohaus, der seinerzeit auch am Deubener Bankraub beteiligt war. Die Namen der drei anderen Räuber sind noch nicht bekannt. Bei ihrer Verhaftung fand man noch eine Tasche mit 88 000 Mark. Der fünfte Verbrecher, der, wie die Vernehmung der beiden Beamten ergeben hat, derjenige ist, der den Beamten Pfeffer in die Augen warf, ist entkommen. Die Räuber waren mit schweren Revolvern bewaffnet und führten sogar Handgranaten bei sich, die ihnen bei ihrer Verhaftung abgenommen worden sind.

Stena. Hier wurde gestern das Rinderwühlhirschaus „Sachsenland“ im früheren Garnisonlazarett eröffnet. Es soll ein Heim für Säuglinge, schwächliche Kinder und in Not geratene Kriegswaisen werden. Auch schwerbeschädigte Kriegsverletzte können in manchen Fällen Aufnahme finden.

Das Gem. wird eine Einwohnungsliste sowie Zug- und Nachtstube erhalten.

Bayern. Auf der Tuchmacherstraße hatte der Rutscher Otto Steglich aus Niederneufing Bretter angefahren. Während des Abfahrens hatte er den Pferde die Futterlade vorgehängen und sie nach dem Füttern tränken wollen. Im Begriffe, dieses auszuführen, hat ihn das Sattelpferd berart in den Unterleib geblissen, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Derwiesenthal. Den Grenzbeamten diesseits und jenseits der Grenze fiel in den letzten Tagen reiche Beute von Schmugglern in die Hände. So saßen im Seehaus unterhalb Neuhaus die Grenzer vier Karlsbader Männer mit 4000 Päckchen Nauchtabak ab. In Böhmisch-Wiesenthal fielen Waren von 60 000 Kronen in ihre Hände. In Gottesgab beschlagnahmte man eine ganze Fuhre Bier, in Stadtilf Unterwiesenthal 85 Zentner Zwiebeln, die ausgeführt werden sollten. In Niederschlag wurde einem Seeger ein Paket Stoff abgenommen im Werte von 2000 Kronen.

Warnsdorf bei Kuerzdorfe. Der Gutsherr Herrberg von hier hat in der vergangenen Woche 49 Zentner Korn bei der landwirtschaftlichen Handelsbank in Oberlichtenau abgeleitet. Beim Abladen fielen dem Personal die kleinen Säcke auf und man untersuchte daher das Korn. Es stellte sich heraus, daß jedem Sack einige Pfund Sand beigegeben worden waren, so daß einige Zentner Sand ausgegeben worden sind. Der Vorfall hat hier unter der Einwohnerschaft allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Mit dem empfindlichen Schwindel beschäftigt sich jetzt die Gendarmerie.

Wickau. Die Stadtverordneten verabschiedeten eine Revidierte, durch welche die Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer an den höheren Schulen endgültig entsprechend den staatlichen Besoldungen geregelt werden. — Zur Beschaffung von Lernmitteln für unbedeutende Volksschüler wurden 50 000 Mark für das nächste Jahr bewilligt.

Rudau. Den qualvollen Verbrennungstod fand hier die 16 Jahre alte Tochter Hildegard des Feuermanns Wolf. Das Mädchen war mit dem 17 Jahre alten Bruder allein in der Wohnung; die Kinder, die mutterlos sind, hatten Wäsche gewaschen und in der Stube zum Trocknen aufgehängt. Das Mädchen, das eine Nachtschürze mit Kreuzbändern trug, ist vermutlich dem in der Stube lebenden geheizten gewöhnlichen Kaminofen zu nahe gekommen, wodurch die Schürze in Brand geraten ist. Die Unglückliche stürzte mit brennenden Kleidern nach dem Hofraum, wo ihr Hausbewohner zu Hilfe kam. Die Bedauernswerte hatte aber schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen und mußte dem Krankenhaus Plauen zugeführt werden. Abends ist sie dort ihren Verletzungen erlegen.

Sächsischer Landtag.

Wl. Dresden, 15. Dezember.

Beim der Sitzung 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Anfrage über die

Vorklage der sächsischen Gemeinden und ein Antrag Oberle auf Wiederherstellung der Steuerkraft der Gemeinden. Abg. Günther (Soz.) beantragt die Anfrage. Er betont, daß allein die Rechtsparteien durch ihre Kriegspolitik die Schuld an der Vorklage der Gemeinden tragen. Außerdem sei auch die Steuerpolitik mit Schuld an diesen Zuständen, besonders die Anleihenpolitik der Gemeinden und die Steuerkraft des Reiches. Die Armenlasten würden in Zukunft umgehoben sein. Große Aufgaben seien den Gemeinden auch in der Wohnungspolitik gestellt sowie in Schulwesen, wofür meistens die Mittel fehlten. Namentlich die Belastung durch das Volkswesen werde für Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen ganz erheblich werden. Ob das Reich höhere Zuweisungen aus der Einkommensteuer werde durchführen können, sei noch eine offene Frage. Die sächsische Regierung sollte mit der Reichsregierung wegen der Notlage der Gemeinden ins neue ins Benehmen treten.

Minister des Innern Winiński: Die Regierung sei nicht untätig gewesen, um einer Katastrophe in der Finanzwirtschaft der Gemeinden vorzubeugen und sei bemüht, die Ueberwälzung aus den Reichsteuern zu beschleunigen sowie Vorkläufe zu gewähren. Die vom Reich den Gemeinden zugesicherten Darlehen könnten nur gegen Verzinsung überlassen werden, weil das Reich selbst Zinsen zahlen müsse. Indessen habe die Reichsregierung nunmehr auf die Beschwerden der Gemeinden hin die Verzinsung zurückgenommen. Abg. Wähler (D. Vp.): Das Reich müsse die Ueberweisungen aus der Einkommensteuer an die Gemeinden erhöhen. Bei den Besoldungsaußerungen sei die Deckungsfrage stets erst hinterher erörtert worden. Welchen Zuschlag sollten die Gemeinden der Ansicht gewesen, daß der Staat seine Polizei auch bezahlen werde.

Ministerialdirektor Kord: Zahlreiche Beschwerden seien schon um deswillen binständig, weil die Abkommen mit dem Reich in Steuerangelegenheiten zumeist nur vorläufig seien. Der Ausgleich werde später kommen.

Abg. Grana (Romun): Die Gemeinden seien durch die Kriegfolgen, namentlich durch die Lebensmittelbeschaffung in große Schulden geraten. Auch die Erwerbslosenunterstützung und die neuen sozialen Forderungen erforderten große Mittel. Dazu bedürften die Gemeinden nicht nur Staatszuschüsse, sondern auch eine erweiterte Selbstständigkeit in Steuerangelegenheiten.

Abg. Dr. Everts (DntL) fordert Erleichterungen für die Gemeinden, deren alter Steuerapparat wieder in Kraft treten müsse. Die ganze Reichssteuererhebung müsse revidiert werden. Die Gemeinden dürften nicht nur als Geschäftskörperschaft betrachtet werden.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Oberle auf Wiederherstellung der Steuerkraft der Gemeinden an den Rechtsausschuß verwiesen.

Es folgt die 2. Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag bewilligt.

Weiter folgt die Abstimmung über die Gewährung einer Beihilfe von 5 Millionen M. an die Kleinrentner. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag bewilligt.

Ueber die Vorlage betr. den Weiterbetrieb des Kunst- und Antikhandelswerkes Cova wird nach längerer Aussprache in getrennter Abstimmung in zustimmendem Sinne beschlossen. Der Gesetzentwurf über eine weitere Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Bundesrats wird sodann in 1. und 2. Lesung angenommen. Endlich wird das Gesetz über Gemeindefürsorge an den Seminaren gleichfalls in Schlussberatung angenommen. Daraus verlegt sich das Haus bis zum 9. Januar 1922.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Reichshilfe für die Rentenempfänger. Im Hauptausschuß des Reichstages wurden die Nachtragsetats der verschiedenen Reichsministerien weiter behandelt. Beim Hauptausschuß des Reichsarbeitsministeriums wurde die auf 14

Millionen getragene Position genehmigt, wodurch nach Maßgabe des Reichstages vorliegenden Gesetzes den Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angehörigenversicherung Unterhaltungen bis zur Erreichung einer bestimmten Einkommensgrenze gewährt werden müssen. — Der Hauptausschuß des Reichstages nahm ferner nach längerer Aussprache einen Antrag an, worin ersucht wird, daß die Regierung in Sachen der Unterhaltung der Kleinrentner die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden beschleunige, um eine möglichst schnelle Auszahlung der Unterhaltungen herbeizuführen. Schließlich wurde auch ein Antrag angenommen, der verlangt, daß im 2. Nachtrage des Hauptausschußes des Reichsarbeitsministeriums für 1921 unter einmaligen Ausgaben ein Beitrag des Reiches von 300 000 Mark zur Unterhaltung der Geschädigten und Hinterbliebenen aus dem Explosionsunglück in Saarweilungen eingesetzt werden soll. Im übrigen wurde der Hauptausschuß des Reichsarbeitsministeriums gemäß der Vorlage angenommen. Bei der Aussprache über einen zweiten Nachtrag zum Hauptausschuß der allgemeinen Finanzverwaltung wurde beschlossen, die Beratung des Titels über die anlässlich des Krieges und der Demobilisierung eingeleiteten Löhne in Höhe von 18 Milliarden heute im Beisein der zuständigen Ressorts wieder aufzunehmen. Im übrigen wurde der Hauptausschuß der allgemeinen Finanzverwaltung verabschiedet.

Die Binnenschiffahrtsgesetzgebung, die vom 31. März bis 30. April 1922 in Wien veranlaßt wird, hat bereits großes vielseitiges Interesse gefunden. Die Kanal- und Schiffahrtsvereine der meisten großen Flusssysteme werden ihre Pläne und Einrichtungen vorführen, ferner solche Firmen, die Anlagen für Wasserbau und dazugehörigen errichtet haben. Auch die Montanindustrie, die das Eisen heute im Wasserbau als wesentlichen Baustoff erachtet, wird sich an der Ausarbeitung beteiligen.

Die neue Gebührensatzung der Post. Der 21. Ausschuß des Reichstages befaßte sich gestern mit der Gebührensatzung der Post- und Telegraphenverwaltung. Es fand eine längere Aussprache statt, die zum Ergebnis führte, daß es der Ausschuß für erwünscht hält, die Vorlage, wenn irgend möglich, noch vor Weihnachten zu erledigen. Zur weiteren Förderung der Angelegenheit ist ein Unterausschuß eingesetzt worden, in dem jede Partei einen Vertreter haben wird. Dieser Unterausschuß trat gestern nachmittags zusammen. Heute hat der Ausschuß weiterberaten.

Das Urteil im Steuer-Bilderhändlerprozess wurde vorgestern abend nach dreitägiger Verhandlung gefällt. Unter Abrechnung der Bewährungsfrist wurde gegen 10 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von 4 bis 10 Monaten erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft ist gestern in Berlin zu einer Vollversammlung zusammengetreten. Die Führer der deutschen Landwirtschaft und die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen werden in dieser Sitzung über die Stellung der deutschen Landwirtschaft zur Kreditreform beschließen.

Der 24. Ausschuß des Reichstages (Entschädigungsgesetz) hörte gestern die Vertreter der Auslandsdeutschen, Kolonialdeutschen und der aus dem Osten und Ostsee-Rückgehenden Verdrängten und nahm deren Beschwerden und Wünsche entgegen. Zum Schluß wurden einige Anträge über die Bildung des 15. Ausschusses angenommen.

Der Wiederaufbau im Oberelsaß. Der Wiederaufbau des oberelsässischen Kriegsgebietes macht sichtbar rasche Fortschritte. In dem Bezirk von Altkirch sind 80 Prozent der zerstörten Fabrikanlagen wieder instand gesetzt worden. In den in Tann und Altkirch zerstörten Wohnhäusern sind 50 Prozent wieder aufgebaut worden oder soweit ausgebessert worden, daß sie wieder bewohnbar sind.

Abgabe zur Förderung des Wohnungswesens. Im Reichsrat stellte heute der Berichterstatter über den Gesetzentwurf, betreffend Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungswesens, mit, daß die Ausschüsse des Reichsrates an der Vorlage der Regierung einige Änderungen beantragten. So sollen ein Person mindestens 3 Wohnräume, 2 Personen im gemeinschaftlichen Haushalt mindestens 4 Wohnräume zur Verfügung stehen können. In Neubauten nach dem Kriege sollen 7 Zimmer-Wohnungen von der Wohnungsluxussteuer frei bleiben. Ministerialrat Krüger (Reichsarbeitsministerium) stimmte diesen Änderungen mit Ausnahme des letzten Punktes zu. Der Reichsrat nahm sodann einen Antrag an, der Wohnungen bis zu 6 Zimmern frei läßt. Hiermit erklärte sich die Regierung einverstanden.

Der Reichsrat nahm mit geringen Änderungen den Entwurf der deutschen Arzneistoffe für 1922 und die Steuerzuschüsse für Arzneimittel an, sowie unverändert das Gesetz betreffend die Versicherung der Erhaltung der Preistreiberei, des Schleichhandels und der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.

Schweiz.

Der neue Bundespräsident. Die vereinigte Bundesversammlung wählte gestern den Bundesrat Haas zum Bundespräsidenten für das Jahr 1922 und den Bundesrat Schürer zum Vizepräsidenten. Bundesrat Haas war 1917 auf 1918 schweizerischer Botschafter in Berlin.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. Dezember 1921.

Das neue Umsatzsteuergesetz.

Leipzig. Vom Landesfinanzamt Leipzig wird uns geschrieben: Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des jetzt geltenden Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 ist vom 11. Ausschuß des Reichstages in erster Lesung angenommen worden. Die Verabschiedung des neuen Umsatzsteuergesetzes wird voraussichtlich in den ersten Tagen des kommenden Jahres erfolgen, sein Inkrafttreten aber annehmbar auf den 1. Januar 1922 zurückbezogen werden. Von größter Wichtigkeit ist, daß sich die Steuerpflichtigen schon jetzt auf das neue Gesetz einstellen. Sie müssen damit rechnen, daß der Steuerfuß für die allgemeine Umsatzsteuer auf mindestens 2 v. D., wahrheitsgemäß sogar auf 2½ v. D. erhöht wird, daß außerdem amtlich einschreibende Änderungen bei der Ein- und Ausfuhr einschließlich des Vergütungsanspruches Platz greifen werden und daß auch der Vergütungsanspruch beim Erwerb von Personentransportwagen wegfallen wird. Schließlich werden sie sich darauf einzurichten haben, daß sie jeweils in dem auf einen Kalenderviertelabschnitt folgenden Monat Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer zu entrichten haben werden. Alle Beteiligten werden daher gut tun, schon jetzt auf die bevorstehenden Veränderungen in den gesetzlichen Bestimmungen Rücksicht zu nehmen.

Die schwebende Schuld des Reiches.

Berlin. Die schwebende Schuld des Reiches liegt in der ersten Dezemberdekade um nicht weniger als 898,23 Millionen Mark, auf nunmehr 233,46 Milliarden Mark.

Die Besprechungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ berichtet: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat Donnerstag abends 8 Uhr im Reichstag unter dem Vorsitz von Dr. Stresemann zu einer wichtigen Besprechung zusammen. Angesichts der Möglichkeit bevorstehender innen- und außenpolitischer Umgestaltungen in Deutschland wegen der Reparationsfrage befaßte sich die Fraktion mit wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen, ohne die Beratungen bereits am Donnerstag zu Ende führen zu können. Die

wir ernähren, wurden die dahin erhaltene Verträge noch nicht erfüllt, vielmehr sollen die Beratungen am heutigen Freitag fortgesetzt werden.

Neue Maßnahmen gegen die Deutschen Werke.

Berlin. In dem Spandauer Werk der Deutschen Werke A.-G. hat die Kommission der Entente unter dem Vorsitz von Lord Curzon eine Reparationskommission eingesetzt. Es soll sich dabei um für die Werke lebenswichtige Maschinen handeln.

Veteranenliste.

Berlin. Wie von unabhanger Seite mitgeteilt wird, list den Veteranen und Teilnehmern des Feldzugs 1870/71 und der vor dem Jahre 1870 geführten Kriege eine Teuerungszulage von 100 Mark bewilligt worden, die vom 1. Dezember 1921 ab in monatlichen Raten von 25 Mark gezahlt werden sollen.

Verwerfungsfall.

Brüssel. Bei einer Verwerfungsaktion in Montignies sur Sambre wurden 2 Bergleute getodet und 60 schwerverletzt, davon 5 lebensgefährlich.

Die Zusammenkunft in London.

Paris. Das meldet aus London: Entsprechend dem von Irland geduhten Wunsch werde die Zusammenkunft des französischen und englischen Ministerpräsidenten in London und nicht in Chaux-de-Fonds. Irland wird auf der Reise nach London von Lord Curzon, Balfour und den Sachverständigen Lannoy, Chefferson, Bessie und Kron begleitet.

Die Reparationsanleihe.

Paris. Entgegen den in einem Teil der französischen und englischen Presse erschienenen Dementis wird in manchen bliesischen Kreisen, die informiert sein können, die Annahme aufrecht erhalten, daß über den Abschluß einer Reparationsanleihe im Betrage von einer Milliarde Dollar zu Bedingungen, wie sie dieser Tage der „Temps“ veroffentlicht hat, zwischen den alliierten Regierungen unter Einwirkung internationaler Finanzkreise tatsächlich verhandelt werde und daß diese Verhandlungen vor dem Abschluß stehen.

Die Karawane in Indien.

London. Aus Bombay wird gemeldet: Bei den Karawanen in Indien vom 17. bis 20. November wurden zwei Europeer, ein Amerikaner und zwei Parzen getodet und 83 Volkskisten verwundet. Seitens der Aufständischen gab es 58 Tote und 298 Verwundete. 341 Personen wurden verhaftet.

Kalkutta. 8000 Kulis, die in den Docks von Kalkutta beschäftigt sind, sind in den Streik getreten.

Das irische Abkommen.

London. Bei der Debatte im Oberhaus über das irische Abkommen sprach Lord Londonderry energisch gegen das Abkommen, das nach seiner Ansicht keine dauernde Lösung des irischen Problems darstelle. Die Regierung, die nicht verstand, den Aufstand zu unterdrücken, werde den Willen Irlands nicht verhindern können. Die Abandlung der Grenze von Ulster sei eine Vertragsverletzung. Er halte es für möglich, daß die Regierung Ulster es ablehne, Vertreter für die Grenzkommission zu ernennen.

London. (Unterhaus.) Bei der Wiederaufnahme der irischen Debatte warnte Lord George das Parlament davor, irgend welche Abänderungen am Vertrage mit Irland vorzunehmen, da dadurch wieder die gesamte Frage von neuem aufgerollt würde. — Balfour trat für den Vertrag ein. — Robert Wreton brachte den Wiederauftrag der „Unberohnten“ ein und erklärte, man dürfe nicht mit Neuschuldnern verhandeln. Dies rief einen lebhaften Zwischenfall hervor. — Churchill antwortete namens der Regierung auf die Kritik der Vertragsgegner und sagte, England würde unwillig im Stande sein, den Aufstand zu unterdrücken, wenn es die notwendigen Opfer an Menschen und Geld brächte. Man verjugte aber ein anderes Verfahren. Wenn sich die irische Republik bereit erkläre, der Krone und dem Reich den Treueid zu leisten, tat sie dies nicht, weil sie sich vor der Wiederaufnahme des Krieges fürchte, sondern weil sie überzeugt ist, daß dadurch die Vereinigung zwischen Ulster und dem Rest von Irland ermöglicht werde. Wir hoffen alle, sagte Churchill, daß Ulster eines Tages diesen Schritt aus freien Stücken tun wird. Das wäre ein großer Vorteil für das Reich, für Irland und für Ulster selbst. Churchill kam darauf auf Einzelheiten des Abkommens zu sprechen, und sagte: Offenbar machte England sehr große Zugeständnisse an Irland, aber in Zukunft werden sich daraus Vorteile für das britische Reich ergeben. — Nachdem der Abg. Mac Donnell gegen das Abkommen gesprochen hatte, ergriff Bonar Law, der das erste Mal seit seiner Krankheit wieder im Hause erschienen war, das Wort und trat mit Wärme für den Vertrag ein.

Das Wiesbadener Abkommen.

New York. (Ganaz.) Der französische Finanzsachverständige Maurice Gagnand hielt bei einem Frühstück eine Rede, wobei er auf das Wiesbadener Abkommen zu sprechen kam. Er sagte, es verlege die Reparationsfrage vom finanziellen auf das wirtschaftliche Gebiet und stelle die Zusammenarbeit zwischen dem Teil Deutschlands, der guten Willens sei, und Frankreich dar. Frankreich strebe nicht danach, Deutschland zu ruinieren.

Vermischtes.

Damburg vom Seeschiffsverkehr abgeschnitten. Infolge starken Nebels ist Damburg vollstandig vom Seeschiffsverkehr abgeschnitten. Seit vorgestern morgen 10 Uhr sind mit Ausnahme eines von Altona gekommenen Dampfers keine Seeschiffe an die Stadt gekommen. Die Zahl der von hier seewärts abgehenden Schiffe ist sehr gering. Diese haben größtenteils im unteren Stromlaufe vor Anker gehen müssen.

Beim Brande einer alten Mietshaus in Grefsenhagen geriet eine Anzahl von Personen, die sich schon zu Bett begeben hatten, in Lebensgefahr. Die meisten wurden brennungslos herausgeholt. Ein Kind ist erstickt; eine Frau schwelgt noch in Lebensgefahr.

Kupfer-Diebstahl. Am Guterdamm der Station des Hafenvororts Wilhelmshafen bei Damburg wurden aus einem Wagen 25 Block Kupfer im Werte von 300 000 Mark bei Nacht entwendet.

Einbruch in ein Kloster. Aus Hiltrup (Westf.) wird gemeldet: In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in das Kloster der Missionsschwestern vom heiligen Herzen Jesu ein und stahlen Kirchenwurde, Alben und Rockets im Werte von über 20 000 Mark.

Wasser und Sohn verhungert. In Grefsen in Lahringen sind an einem Tage der frahere Gemeindevorstand Kirchner, ein Veteran von 1880 und 1870 und sein erblindeter Sohn verhungert. Die arftliche Untersuchung ergab, daß beide verhungert sind.

Millionenfrage für Steuerhinterziehung. Aus Bad bei Grefsen wird gemeldet: Gegen einen hahere Geschäftsmann sprach das Finanzamt Bad wegen Steuerhinterziehung einen Strafbescheid von 1 000 000 Mark aus. Dazu kommen noch nachzuschuldende Steuern für die für verfallenen erklärten Vermögenswerte mit 15 Millionen Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenblatt der Kunst. Staatstheater, Oberhausen. Sonntag, 18. „Die Reiterlinge von Rudersberg“.

Der Weihnachtseinkauf

ist bei unseren immer noch in den Grenzen der Möglichkeit liegenden Preisen keineswegs schwer. Jeder Besucher unseres Hauses wird sich davon überzeugen, daß wir nicht annähernd zu den heutigen Tagespreisen verkaufen.
Wir treten an das kaufende Publikum mit der Bitte heran, unsere Leistungsfähigkeit beim Weihnachtseinkauf erneut zu prüfen. Es ist jederzeit, da unsere Schaufenster und Schaukästen nicht alle Artikel unseres Hauses aufnehmen, freigestellt, unsere Innenräume und Innenausstellungen zwanglos zu besichtigen.

Am Sonntag ist unser Haus von 11-6 Uhr geöffnet.

Kaufhaus Albert Tropolowitz Nachf. **Riesa** Hauptstraße 43

Gem. Gröba, Steinstr. 30
Der Evangelisations-Vortrag des Herrn P. Schneider findet nächsten Sonntag, den 18. Dezbr., nachm. 7 1/2 Uhr in der Kirche statt. Jedermann ist herzlich eingeladen.

K.-Z.-V. Gröba und Umgegend.
Sonntag, 18.12.21, ab 7 Uhr Monatsversammlung.
Von vormittags 10 Uhr an Arie-Ausgabe d. Vorstand, Nitrodstr. 24, 2. D. W.

Gasthof Wülfenig
Sonntag, den 18. Dezember
feiner Ball.
Anfang 8 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein Friedrich Eckert.
Der Saal ist gut geheizt.

Alte Post, Stauchitz
Sonntag, 18. Dezember
öffentl. Ballmusik.
Ergebenst ladet ein Alfred Thieme.

Gasthof Bahra.
Sonntag, 18. Dezbr., ladet zur **Ballmusik** freundlich ein W. Thalheim.

Gasthof Zeithain.
Sonabend und Sonntag
Bockbier-Ausschank.

**Plättlöcher
Streichmaschinen
Reibmaschinen
Wirtschaftswagen
Wandtafelmöbel
Fruchtpressen
etc.**
empfehle ich billigst
**Paul Schieritz
Glaubitz.**

Wuppenwagen
in modernster Ausführung, große Auswahl, sowie **Wandregal**, niedrige Kinderstühle, Spielwaren
empf. alles zu billigen Preisen
Joh. Rudolph
Kordwarengesch., Schulstr. 4.

Gebrauchte
Schallplatten
auch zerbrochene kauft und zahlt die höchsten Preise
Otto Rühlbach, Riessa
Bismarckstr. 11
Ede Schloßstraße.

Balmschneidern
als praktisches Weihnachtsgeschenk
empf. billigst
B. Landig, Böttcher
Marktstr. 209/210.

Vereinsnachrichten

D. V. O., Ortsgruppe Riessa. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliebertagung im „Deutschen Lokal“.
Musik-Verein „Sura“. Sonntag 1 Uhr außerordentliche Versammlung bei Wefel. Ev. Neuwahl. Erscheinen aller ist Pflicht.
Ev. Arbeiterverein Riessa. Sonntag 8 Uhr Teilnahme an der Weihnachtsfeier der christl. Gewerkschaft, Elbterrasse.

Christlicher Metallarbeiter-Verband

Ortsgruppe Riessa.
Sonntag, den 18. Dezember 1921, abends punkt 8 Uhr beginnend, veranstaltet unsere Ortsgruppe im Saale der „Elbterrasse“ eine

Weihnachtsfeier

bestehend in gemeinsamen Gesängen, theatralischen Auführungen von Mitgliedern unseres Verbandes, sowie Auführung von Reigen und Darstellung lebender Bilder vom Jungfrauenverein. — Unser Bezirksleiter, Kollege Gierg-Chemnitz, wird die Feste halten.
Zu dieser Feier werden hiermit alle Mitglieder unseres Verbandes, sowie die Mitglieder der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen und alle sonstigen Freunde unserer Bewegung mit der Bitte um recht zahlreiche Beteiligung freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

Ortsgruppe Riessa.
Kameraden, die Mitgliedsbücher sind bis zum 20. 12. 21 an den Vorstand abzuliefern, mit dem Beitrag bis Jahreschluss. Mit Schlimmen allein wird keine Ordnung, jeder muß helfen, wenn Ordnung werden soll. Ab 1. Januar soll monatlich fällig werden, da ist keine Zeit zu verlieren. Abzuliefern ist in der Zeit zwischen 12-2 Uhr und von abends 8 Uhr. Jeder trägt die Schuld selbst, wenn er seine Rechte verliert. Wir müssen die Bücher haben. Sie werden Mitte Januar wieder ausgestellt.
Der Vorstand, J. A. F. Rubner, Goethestr. 80, 2. r.

Mandolinen-Club „Edelweiß“

Nünchritz und Umgegend.
Zu dem am 18. Dezember 1921 im Gasthof Grödel stattfindenden

öffentlichen Weihnachtsvergügen

verbunden mit Mandolinen-Konzert, Ball und anderen Herrlichkeiten, laden wir alle Freunde und Gönner herzlich ein. Anfang 8 Uhr.
Der Bestauschuh.

Kinderaufführung im Gasthofe Mehltheuer

am 18. und 25. Dezember.
1. Weihnachtsfeier, 2. Märchenbühne „Hänsel und Gretel“.
Beginn 7 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bitten **E. Seitz, G. Rindler.**

Konfirmanden-Sparkasse Gröba u. Umg.

Die Sparbücher sind bis 23. Dezember 1921 im Gemeindevorstand Gröba, Zimmer Nr. 10, wozu Abrechnung und Einsegnung abzugeben. Nicht abgelieferte Bücher erhalten die Einlagen des laufenden Jahres nicht verzinst.
Reichshof Zeithain.
Sonntag, 18. Dezember, von 8 Uhr an

große öffentliche Ballmusik.

Dazu ladet freundlich ein **Oskar Gähler,**
Saal auf Geheiß.

Carl Volgt, Gröba, Oststr. 1.

Wieder große Auswahl in Kinder-Verderben noch zu alten Preisen, desgl. Plüsch- u. Gaudschuhe aller Art. Leder- und Plüschbuntstiefel, Polsterstühle und Turnergürtel, Herren-Verderben, grau, feste Ware, Damen-Verderben, Schürzen, Bettwäsche usw.
Konfirmanden-Anzüge. Damen-Mäntel und Kleider.
Rein haben. Rein haben.

Konditorei und Café Wolf

empfiehlt seine grosse
Weihnachts-Ausstellung

welche reichhaltige Auswahl in Schokoladen, Kakao, Pralinen, Bonbonnieren, sowie Honig- und Lebkuchen eigener Fabrikation bietet.
Achtungsvoll **Franz Wolf.**

Tafelklavier

gebraucht, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen, ferner
Planos
in bester Ausführung, sowie

Musikwaren

und auch Noten jeder Art empfiehlt preiswert
B. Zeuner, Hauptstraße 73
Erstes und ältestes Musikgeschäft am Plage.

Anzüge

für Knaben, Burschen und Herren
besonders preiswert
Strick-Jackets für Damen
prima reine Wolle, 420-500 M.

Paul Jobst, Nünchritz.

Schlingmann-Konservenglasöffner mit Drahtschlinge
spart Zeit, Gummiringe und Gitter.
Kleinstverkauf: **H. Kunisch, Hauptstr. 60.**

Riesaer Kloster-Tropfen

Feinster Elixir aus heilkräftigen Gebirgskräutern destilliert.
Aberkurengegend, Verdauungsbeschwerden.
Nur echt in Originalfüllung. Kleinstverkauf:
Paul Starke, Albertplatz.
Zu haben in den meisten Kolonialwarengeschäften.

Korbmöbel

kaufen Sie am vorteilhaftesten
„direkt beim Hersteller.“

Korbmöbel-Zentrale

Ecke Schul- und Hauptstraße.

Rudolf Schindler

Albertplatz, Ecke Hauptstr.
empfiehlt seine
Schokoladen, Kakao, Pralinen, Speis, u. Carotti u. Reichardt
Kaffee- und Teegebäck
Christbaumbehänge von Schmidt, Schneider und Bahlken
Bonbonnieren, Süßwaren
Geb. Kaffee usw. in reicher Auswahl.

Als

Weihnachtsgeschenke

empfehle noch ganz besonders preiswert:

- Toiletteseifen
- Parfüms
- Kölnisch Wasser
- Haarwasser
- Geschenkkästen mit Parfüm und Seife
- Borstengarnituren
- Nagelpflegekästen
- Reisetollotten
- Haarbürsten
- Frisierkämmen
- Zelluloidwaren, weiches Handspigel
- Brennlampen
- Brennelson
- Badeschwämme
- Rasierapparate
- Barbinden
- Haarschmuck-Garnituren in blond havanna und braun.

Friseur

Blumenschein

Wettinerstrasse 35.

Zithern, Gitarren

und Mandolinen werden schnellstens repariert und gestimmt
Großenhainer Str. 25, 2.

Wünsch's Marionetten-Theater

Riessa, Hotel Kronprinz
Sonabend, d. 17. u. Sonntag, d. 18. Dezbr., abends 8 Uhr
Kasper

i. tausend Aengsten

od. sein Leben, Tod und Auferstehen, Lustspiel in 4 Akten
nebst 1 Vorspiel im Feuerreich.
Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr und um 4 Uhr
Die Weihnachtsgruppe
Weihnachtsmärchen in 4 Akten
Zu allen Vorstellungen im Theaterum mündl.
Der Unterseeboot-Krieg.
Bruno Wünsch.
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.
Hierzu Nr. 30 des „Erzähler an der Elbe“.

Betriebschwierigkeiten bei der Eisenbahn.

Aus dem Hauptbureau bei der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden wird uns geschrieben: Die neuerdings wie in ganz Deutschland und den Nachbarländern auch in Sachsen sich geltend machenden Schwierigkeiten in der Betriebsabwicklung und die darüber laut gewordenen Stimmen in der Öffentlichkeit lassen es an der Hand der Sachverhalte, die sich in der Öffentlichkeit zeigen, an der Hand der Sachverhalte, die sich in der Öffentlichkeit zeigen, an der Hand der Sachverhalte, die sich in der Öffentlichkeit zeigen...

In diesen, zusammen von lauter Duld bewirkenden Ursachen, kommen andere, die erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit eingetreten sind, hinzu. Hierzu gehört die angedeutete Hochkonjunktur in der Industrie, die jetzt vielfach 24 Stunden ununterbrochen arbeitet. Dadurch wird es selbstverständlich, daß der Frachtfahrer gegenüber einem Zustande mit nur 8- oder 10 stündiger Arbeitszeit sich außerordentlich erhebt und daß es unmöglich ist, mit einem Eisenbahnapparat, der vor dem Kriege im allgemeinen auf eine 10- bis 11 stündige Arbeitszeit bei der Industrie eingestellt war, reibungslos den Betrieb zu bewältigen. Dazu kommt die Lahmlegung der Wasserstraßen durch Trockenheit und Eisgange. Wenn dann zu so ungewöhnlich hohem Frachtfahrer den Betrieb hindernde äußere Umstände hinzutreten, so darf es nicht wundernehmen, wenn Reibungen, die sich zeitweilig örtlich zu Störungen verdichten, eintreten müssen. Derartige äußere Hindernisse hat in den letzten Wochen beispielsweise die Witterung. Völlig undurchdringlicher, das gesamte Verkehrsgeschäft auf allen Bahnhöfen ganzer Linien stillsetzender Nebel, gepaart mit ziemlich hartem Frost und mit Wasserlatamotoren mit dem nötigen Reibwasser auf verschiedenen Bahnhöfen unmöglich machte, waren Grund genug, Unregelmäßigkeiten, die sich namentlich in Verschieberückständen und großen Verspätungen im Güterzugverkehr ausdrücken, eintreten zu lassen. Ramen hierzu hoch, wie es in der letzten Zeit leider wiederholt der Fall gewesen ist, Unfälle, die die ständige Stilllegungen von Verschiebe- und durchgehenden Streckenabschnitten erzwingen, so war es angedeutet, den Betrieb wenigstens auf gewisse kurze Zeitschnitte völlig lahmzulegen abzumüssen.

Es konnte dabei selbstverständlich nicht ausbleiben, daß auch die Kohle von den Beförderungsunternehmen betroffen wurde. Wenn auch durch die verschiedensten Einzelmaßnahmen aufs energischste versucht worden ist, hier Abhilfe zu schaffen, so mag es vereinzelt doch vorkommen sein, daß das eine oder das andere Werk eine bestimmte Brennstoffsorte, deren sie für ihre Kesselanlagen gerade bedurft, nicht rechtzeitig hat erhalten können, und daß Stapelungen solcher Brennstoffarten in den Erzeugniswerken (Braunkohle) haben eintreten müssen. Im Vergleich allerdings zu den Stapelungen, die anderwärts a. V. im Ruhrgebiet und in Oberschlesien haben vorgenommen werden müssen, sind die in unseren Kohlengebieten doch nur recht geringfügiger Art gewesen.

Es ist keine Frage, daß infolge der teilweise Umstellung unserer Gesamtverkehrsmittel, wie sie sich während des Krieges und in der Nachkriegszeit teils sprunghaft, teils allmählich herausgebildet hat, auch gewisse Bahnhofsanlagen, die früher ihren Zwecken genutzten, nunmehr zu knapp geworden sind. Abhilfe auf diesem Gebiet läßt sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen ermöglichen, wenngleich sofort nach Erkenntnis der Notwendigkeit entsprechende Entwürfe aufgestellt worden sind. Daß auch Lokomotivnot besteht, wird von keiner Seite bestritten werden. In der Öffentlichkeit ist vom Reichsverkehrsministerium die Forderung von Lokomotiven für den sächsischen Bereich gefordert worden. Ein solches Ersuchen ist überholt, da die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden durch Lokomotiven und Uebernahme von Leistungen durch benachbarte Direktionen selbstverständlich unterstützt worden ist. Die Werkstätten sind in der Erweiterung begriffen und werden nach Fertigstellung der betreffenden Bauarbeiten auch eine wirkungsvolle Hilfe durch Ablieferung dienstfähiger Lokomotiven für die Betriebsabwicklung bilden.

Daß wir uns, alles in allem genommen, nicht auf dem Wege des Rückschlusses befinden oder uns gar einem Zusammenbruch nähern, möge daraus ersehen werden, daß im allgemeinen in diesem Jahre mehr Wagen gestellt worden sind als im Vorjahre, wobei nicht verkannt werden soll, daß die Wagenstellung der gegenwärtig und schon seit Monaten herrschenden Hochkonjunktur in der Industrie noch nicht völlig gemacht ist. Es ist bemängelt worden, man erfahre nichts, ob irgend etwas zur Beseitigung der gegenwärtigen Verkehrsnot geschehe. Die Eisenbahn-Generaldirektion glaubt, es sei besser zu handeln, als zu schreiben, zumal sich das Bild täglich ändert. Den Anstrengungen des gesamten Personals ist es gelungen, eine Besserung anzubahnen, sobald die schwierigsten Störungen zu weichen beginnen und die regelmäßige Verkehrsabwicklung anfängt zurückzutreten.

Die Nachprüfung des Ostflottenvertrages. Der Reichsbahnausschuß für Beamtenangelegenheiten nahm einstimmig einen Antrag an, womit die erste Nachprüfung des Ostflottenvertrages bis spätestens 31. März 1922 beendet sein muß. Für die bei dieser erstmaligen Nachprüfung übergebenen Orte sind die Beiträge rückwirkend ab 1. April 1920 nachzuschauen. Das Ostflottenvertragsverhältnis ist bis spätestens den 1. April 1922 neu aufzustellen. Wenn der Reichsrat diesem Antrage zustimmt, so erfolgt die Anpassung noch vor Weihnachten.

Deutschland ersucht um einen Zahlungsaufschub.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

W Berlin, 15. Dezember.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris nachfolgendes Schreiben gerichtet: Herr Präsident!

Die ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernsthafte Bemühen angewiesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande anzunehmenden Anleihe gelingen konnte und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich ist, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Seite ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zur Zeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige noch als kurzfristige Darlehensanleihe. Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung der budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Antizipation auf dem Roherey Wert nicht mehr als ungefähr 150-200 Millionen Goldmark aufbringen können. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bemüht ist, daß bei den nachfolgenden Raten ebenfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

(gez.) Dr. Wirth.

Die Note ist analisch den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden.

Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite: In den Verhandlungen, die die Reparationskommission im Laufe des November mit der deutschen Regierung in Berlin geführt hat, hatte sich bereits die Unmöglichkeit der Zahlung der im Januar und Februar fälligen Reparationsraten ergeben. Mit Wissen und Zustimmung der Reparationskommission hatte darauf die deutsche Regierung ihre schon eingeleiteten Kreditverhandlungen dahin verdrückt, daß sie in amtlicher Form bei den für einen Kredit in Frage kommenden englischen Finanzkreisen um eine Anleihe zur Deckung der nächsten Reparationsraten nachsuchte. Diesem Kreditverlangen ist zwar nicht prinzipiell abgelehnt worden; die englische Hochfinanz erklärt vielmehr, daß sie einen Kredit nicht geben könne, solange Deutschland mit den Reparationslasten behaftet sei, wie sie sich aus dem Londoner Ultimatum ergeben. Damit ist von autoritativer gegnerischer Seite das Problem einer Änderung der Reparationsbedingungen zum erstenmal aufgeworfen. Dies kann als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß man in den Reihen unserer ehemaligen Gegner, namentlich in England, den Zusammenhang der deutschen Reparationsfrage mit der gesamten Weltwirtschaft zu erkennen beginnt. Die Note der deutschen Regierung sieht aus dieser Lage die notwendige Folgerung, indem sie unter Hinweis auf die zur Zeit unmögliche Kreditaktion um Erhebung eines Teils der zunächst fälligen Raten ersucht und indem sie zugleich darauf hinweist, daß auch bei den zukünftigen Fälligkeitsterminen dieselben Schwierigkeiten entstehen werden, wenn sich die Gegner nicht entschließen könnten, das Problem der Reparationen als ganzes einer verständnisvollen Beratung zu unterziehen. Wenn über den Erfolg dieses deutschen Schrittes heute noch nichts gesagt werden kann, so liegt dies daran, daß zwischen den hauptbeteiligten Regierungen, der englischen und der französischen, eine endgültige Aussprache erst in der nächsten Woche, wahrscheinlich anlässlich des angeforderten Besuchs Brandaß bei Lloyd George, erfolgen wird. Die deutsche Regierung hat im Rahmen ihres Programms der Erfüllung im Rahmen des Möglichen dasjenige zu leisten versucht, was Deutschland mit Ausbeutung aller seiner Hilfsquellen zu leisten vermag. Sie darf von der Einsicht der Gegner erwarten, daß sie nunmehr das übrige dazu beitragen, um die Reparationsfrage nicht in einen Konflikt enden zu lassen, sondern sie im Sinne einer gemeinsamen Verständigung aller beteiligten Völker zu lösen.

Berliner Pressestimmen zur deutschen Note.

Während die deutschnationale Presse ihr Urteil über die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission dahin zusammenfaßt, daß sie den Zusammenbruch der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth bedeute und daß die Katastrophe da sei, erklären alle übrigen Blätter, durch das Urteil der englischen Hochfinanz über die Kreditunfähigkeit Deutschlands, unter den Bedingungen des Londoner Zahlungsplans sei eine für Deutschland günstige Wendung in der Reparationsfrage eingetreten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Erklärungen der englischen Hochfinanz sind gleichbedeutend mit einer kategorischen Erklärung der gesamten bisherigen Reparationspolitik der Entente, dieser Politik, die wirtschaftliche Erwägungen und Möglichkeiten vollkommen ausschaltet hat. Die englische Hochfinanz tritt jetzt offiziell als Träger der Erkenntnis vor die Welt hin, daß das Reparationsproblem ein Wirtschaftsprüfungsbüro gewesen ist, das nicht allein Deutschland, sondern vor allem Tingen Europa und die Welt angeht. Die „Germania“ betont, Deutschland habe bisher sein Versprechen, das möglichst zur Erfüllung des Londoner Ultimatum zu tun, gewissenhaft und mit allen seinen Kräften gehalten. Die deutsche Bereitwilligkeit zur Erfüllung sei aufrichtig gewesen. Die „Berl. Tageblatt“ nennt das englische Urteil über die Kreditunfähigkeit Deutschlands besonders deshalb einen schließlichen Beweis für die vorhergehende Wirkung des deutschen Erfüllungsvorwurfs, weil Deutschland noch vor mehr als drei Monaten ein holländischer Kredit gewährt worden ist. Der „Vorwärts“ erörtert die Frage der von den Alliierten etwa anzuwendenden Zwangsmassnahmen zur Eintreibung der deutschen Zahlungen und sagt: Zwangsmassnahmen sind erst möglich, wenn die Reparationskommission autarkisch er-

hört hat, daß auf Seiten Deutschlands eine absichtliche Nichterfüllung vorliegt.

Lloyd Georges Plan in der Reparationsfrage.

Das „Echo de Paris“ will in der Lage sein, über den Plan Lloyd Georges in der Reparationsfrage mitzuteilen: Zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems soll die deutsche Geldschuld durch 22 Prozent vermindert werden, auf die England nach dem Verteilungsschema von Spa Anspruch hat. Frankreich wird 32 Prozent von allem weiteren erhalten, was Deutschland an Geld oder Sachleistung bezahlen soll. Alle anderen Gläubigerstaaten hätten zusammen nur Anrecht auf 26 Prozent der deutschen Reparationszahlungen. Nach dem „Echo de Paris“ wird durch diesen Plan Frankreich ein wirkliches Prioritätsrecht zuerkannt. Aber von den 66 Milliarden Goldmark, die ihm als Anteil zukämen, müßte Frankreich etwa 26 Milliarden Goldobligationen der letzten Serie dazu verwenden, um bei Amerika und England die Kriegsschulden zu begleichen. Der Plan Lloyd Georges beweist, daß er immer noch von dem Gedanken beherrscht sei, eine Reparationsformel zu finden, die Deutschland freiwillig annehmen und ohne Widerstand ausführen würde, damit sich die Vereinigten Staaten freiwillig anschließen, die an ihrem Entschlusse fehlten, in Europa keine mittelbare oder unmittelbare Verantwortlichkeit zu übernehmen. Seine eigene Stellung gibt das Blatt durch die Bemerkung zu erkennen, die Tendenz Lloyd Georges beruhe auf Illusionen betreffs Deutschlands und Amerikas.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird Lloyd George vorgeschlagen, daß England die Kriegsschulden erlasse, auf deren Rückzahlung von Frankreich es Anspruch habe, jedoch unter der Bedingung, daß Frankreich die deutsche Reparationsschuld um 13 1/2 Milliarden Goldmark herabsetze. Dieser Betrag komme ungefähr dem gleich, den Frankreich an England schulde. Die französische Schuld bei den Vereinigten Staaten betrage ungefähr ebenso viel. Lloyd George ergriffe die Initiative zur Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, welfer überzeugt sei, daß die Vereinigten Staaten eine solche Konferenz nicht einzuberufen gedächten.

Was England und Frankreich trennt.

„Zeit Parisien“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Unterredung zwischen Brandaß und Lloyd George: Was verlangt Frankreich? Sicherheit, die sich nicht auf eine einfache Erklärung wie die im Übereinkommen über den Pariser Vertrag noch auf einen in seinen Ausführungen ungenauen Garantievertrag verlassen kann, wie den, der seinerzeit zwischen Frankreich, England und Amerika abgeschlossen werden sollte. Frankreich braucht einen soliden Pakt.

Was verlangt England? Die Wiederherstellung wirtschaftlicher Tätigkeit in Europa. Es sei abzuwarten der Ansicht, daß dies nur möglich sei, wenn Frankreich wieder das Vertrauen herstelle und durch Herabsetzung seiner Forderungen beweise, daß es keinen Herrschaftstraum träume ähnlich dem, der unter dem Schutze der englisch-japanischen Allianz Japan nach China geführt habe. Mit anderen Worten: Frankreich brauche eine Allianz, England habe eine Garantie nötig, daß, so unwahrscheinlich es auch sei, eventuell mit dieser Allianz kein Mißbrauch getrieben werde. Nicht aus Haß gegen Deutschland, nicht aus imperialistischen Absichten glaube Frankreich, ein starkes Meer unterhalten zu müssen. Wenn das britische Weltreich wirklich bereit sei, sich zur Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Festlande zu binden, so sei es wahrscheinlich, daß man mühelos die Formel finden werde, um endgültig seine Bestürzungen zu beseitigen. Man werde abwarten auch sehen, daß Frankreich einem demokratischen Deutschland die Hand reichen werde, und daß es sich beispielsweise auch in Gemeinschaft mit England und Deutschland für die Wiederanrichtung Aufstaus interessen werde. Mit einem Wort: Gelegenheit bietet sich heute, einem Mißverständnis zwischen Frankreich und England, das sich seit dem Waffenstillstand verschärft habe, ein Ende zu machen, das auch Europa beunruhigt. Um es verschwinden zu lassen, sei eine Art allgemeiner Verständigung unerlässlich. Diese müsse die nächste Zusammenkunft von London bringen, wenigstens aber vorbereiten. Die Verbesserung der französisch-englischen Beziehungen sei abzuwarten auch der beste Weg, der beste nach Washington zurückzuführen könne. Inghes habe Brandaß zu verstehen gegeben, daß Europa nur diese zuteil werden würde, wenn Frankreich und England einig blieben.

Ein Abkommen über die Flottenmärkten.

Nach einer neuer Meldung aus Washington bestätigt sich die Nachricht vom Abschluß eines Abkommens über das Verhältnis der Flottenmärkten zwischen Amerika, Großbritannien und Japan. Das Abkommen beruht wahrscheinlich auf folgenden Grundlagen: Japan wird das Schiff „Mutu“ behalten, und das Schiff „Seifu“ zerstören, das schon älter ist. Amerika wird „Colorado“ behalten und „Delaware“ und „Nordakota“ zerstören. Großbritannien wird sich während der Rüstungsperiode nur an die Erbauung zweier Großkampfschiffe heranmachen. Die Frage der französischen und italienischen Marine wird nächstens erledigt werden. Frankreich wird seine Stellung in der Frage des Unterseeboote, die es nötig habe, aufrechterhalten.

Die finanziellen Fragen werden nicht berührt.

Das Reuterische Büro wurde amtlich benachrichtigt, daß die britische Delegation auf der Washingtoner Konferenz nicht in die Lage gesetzt sei, sich mit den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen Europas zu befassen, und daß es von ihr auch nicht gewünscht werde, das Arbeitsgebiet der gegenwärtigen Konferenz auf derartige Fragen auszuweiten.

Deutscher Reichstag.

W Berlin, 15. Dezember. Beginn der Sitzung 2 Uhr. Der Entwurf über die 4. Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso die 5. Ergänzung zum Strafgesetzbuch. Bis zum 31. März 1922 soll Nachprüfung stattfinden. Das deutsch-dänische Abkommen wegen Ueberleitung der Rechtspflege im norddänischen Abtretungsgebiete wird in allen drei Lesungen angenommen. Ein Antrag Barth (Komm.) über die Änderung der Tabaksteuer und Ermäßigung des Zolles, die Bälle überhaupt aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und das Gesetz in allen drei Lesungen angenommen.

Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge paßiert die 1. Lesung. Das Stillegebot wird erhöht auf die Höhe des halben Krankentages, mindestens jedoch auf die

Das ist für einen Alter nicht zu zahlenden Betrag, bis zum Ablauf der 12. Woche ist das Wochengeld auf 8 Mark festzusetzen.

Die Anträge betr. den Verkehr mit Kartoffeln und Getreide, Erhöhung der Weizenrate auf 250 Gramm, Sicherstellung der Kartoffeln durch Umlageverfahren und Erhöhung der Getreideumlage hat der Ausschuss in ein Gesetz umgewandelt.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Hr. Frau Warm (Unabh.): Unsere Bestrebungen, den Antriebshandel im Verkehr zwischen Landrat und Reichswirtschaftsministerium zu befestigen, schritten an dem Widerspruch des Großhandels, der den ehrslichen Handel schaden wollte.

Das Verbot der Kohlenausfuhr ins neutrale Ausland.

Die W. Z. B. erfährt, hat es mit der von einem Berliner Blatte gebrachten Nachricht über das Verbot der Kohlenausfuhr ins neutrale Ausland folgende Bewandnis: Am 14. ds. Mts. trat in Berlin eine Note der Reparationskommission ein, worin die Kommission auf die Unzulässigkeit der Ausfuhr von Kohlen und Holz ohne ihre vorausgehende Genehmigung hinweist, und die Erwartung ausdrückt, daß diese nicht bewilligte Ausfuhr unverzüglich eingestellt werde.

Bergarbeiterstreik auf den Siegerländer Gruben.

Aus Siegen wird gemeldet: Die Bergarbeiter sämtlicher Siegerländer Gruben traten, ohne die gestern in Berlin anberaumten Verhandlungen über neue Lohnbedingungen erst abzuwarten, in den Ausstand. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 6000. Zweifelhafte Elemente sind wieder an der Arbeit, um Vorkommnisse, wie sie sich beim Metallarbeiterausstand im September ereignet hatten, wieder herbeizuführen, wobei ganze Läden angeplündert wurden.

Da die Direktion des Realwerkes Gipsleben bei Erfurt eine Forderung der Arbeiter auf Zahlung einer Beihilfe von 1000 Mark abgelehnt hat, haben die Arbeiter heute nachmittag die Arbeit niedergelegt, ohne für die Aufrechterhaltung der Rohhandarbeiten zu sorgen. Es sind infolgedessen 30 Ortschaften und 30 Staatsbahnhöfe ohne Licht. Die technische Nothilfe ist sofort eingesetzt worden.

Das Deubenburger Abstimmungsresultat.

Gestern wurde die Abstimmung in Deubenburg beendet. Von 15000 abgegebenen Stimmen entfielen rund 12000 auf Ungarn, 3000 auf Desterreich. Desterreich steht auf dem Standpunkt, daß die ganze Abstimmung widerrechtlich ist. Bemerkenswert ist ein Bericht, wonach die Deubenburger Abstimmung vielleicht von der Pariser Botschafterkonferenz abgelehnt werden wird. Eine Bestätigung dieser Gerüchte ist jedoch bis zur Stunde noch nicht vorhanden.

Die Wiener Blätter melden, wurde vorgestern abend an Wiener maßgebender Stelle erklärt, daß durch die vertragstreue Abstimmung in Deubenburg das Venediger Protokoll nicht mehr als bestehend zu betrachten sei und Desterreich nunmehr wiederum die Anwendung des Vertrages von St. Germain auf Deubenburg und die umliegenden Gebiete verlange.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Aus Bruchten wird gemeldet: Die beiden Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen Reichsminister a. D. Schäfer und Minister Dörmann haben gestern in einer mehrstündigen Sitzung den gesamten Fragekomplex, wie er sich nach dem bisherigen Verlauf der Kommissionsverhandlungen darstellt, eingehend besprochen. Dabei konnte festgestellt werden, daß in einer Reihe von Fragen bereits jetzt eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt ist, während über andere ihrer Natur nach schwierigere Fragen zur Zeit noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, über die im Wege weiterer Verhandlungen ein Ausgleich angestrebt werden soll. Gleichzeitig wurde vereinbart, mit Rücksicht auf das Weihnachtstfest die Verhandlungen am 22. Dezember zu unterbrechen. Am 3. Januar werden die Verhandlungen in Oberkloster in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Die Debatte im englischen Unterhaus über das Abkommen mit Irland.

In seiner vorgestrigen Unterhausrede führte Lloyd George u. a. noch aus: Die hauptsächlichste Wirkung des Abkommens mit Irland ist, Irland die Stellung eines Dominions im britischen Reich zu verleihen. Was wir sagen können ist, daß das gleiche Maß von Freiheit, das Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika genießen, auch Irland angeboten wird. In der Praxis bedeutet dies, daß Irland die vollkommene Kontrolle über seine inneren Angelegenheiten ohne Annäherung eines anderen Teiles des Reiches haben wird. Infolge der besonderen Stellung Irlands gegenüber Großbritannien werden Grenzen notwendig bezüglich des Meeres und der Marine. Daraus kam Lloyd George auf die Frage zu sprechen, ob Irland ein Recht habe, eine eigene Armee und eigene Marine zu unterhalten, und setzte die Gründe auseinander, die zu einer Einschränkung dieser Rechte für ein Land führen müßten, das neben Großbritannien liege, wo die Militärpflichtigkeit abgelehnt werde und wo man den anderen Nationen die Herabsetzung der militärischen Streitkräfte predige. Irland mit seiner Armee hätte eine Bedrohung für Großbritannien bedeuten können. Indessen müßte es ausreichend Truppen haben, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn es über die festgesetzten Grenzen hinaus ginge, würde der gesamte zwischen England und Irland abgeschlossene Vertrag in Frage gestellt werden. Sodann kam Lloyd George auf Ulster zu sprechen und sagte, die britische Regierung werde keine Maßnahmen ergreifen, welche die Ausübung eines Zwanges auf Ulster bedeuteten. Sie werde sich darauf beschränken, Mittel der Überredung zu gebrauchen, und werde sich bemühen, Ulster davon zu überzeugen, daß es in seinem wie im Interesse des britischen Reiches liege, daß in Irland Einigkeit herrsche.

Nach Lloyd George ergriff Sir James Craig das Wort und erklärte, die Besetzung des Vertrags zwischen Großbritannien und Irland sei unzutreffend. Denn Ulster sei kein Teilhaber des Vertrages und habe die Bestimmungen des Vertrages abgelehnt. Lloyd George betrug bewundernde Bewunderung. Wenn er glaube, daß die Sinnfeiner entschuldigend den Artikel des Vertrages handeln würden, so irte er sich. Was Ulster betreffe, so habe er keineswegs die Absicht, ein alirisches Parlament anzunehmen.

Zum Schluß ergriff Lord Duff Cecil das Wort und sagte: Seiner Ansicht nach bestehe keinerlei Wahrscheinlichkeit, daß dieser Plan der Regierung in Irland Erfolg habe. Das Abkommen sei eine Torheit und eine Schmach. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen das Abkommen gesprochen hatten, vertagte sich das Unterhaus auf gestern.

In beiden Häusern des Parlaments wurde gestern die Debatte über Irland wieder aufgenommen. Auch das Sinnfein-Parlament in Dublin setzte gestern die Erörterung über das Abkommen fort, jedoch in nichtöffentlicher Sitzung. Die Abstimmung über das Abkommen wird wahrscheinlich erst heute, vielleicht auch erst am Sonnabend erfolgen.

Der Premierminister von Ulster Craig erklärt in seinem Antwortschreiben an Lloyd George, es sei für Ulster unmöglich, jemals dem Irischen Freiheit abzutreten. Es sei nicht im Interesse Großbritanniens oder des britischen Reichs, daß Ulster einer alirischen Union untergeordnet werde. Die Revision der Grenze würde einen Bruch des Gesetzes vom Jahre 1920 bedeuten. Ulster behalte sich das Recht vor, der Ernennung einer Grenzkommission nicht zuzustimmen.

Auf den halben Dezember

betreten Sie das Rieser Tageblatt zum Preise von 3,75 Mark (ausschließlich Zustellgebühr) möglichst heute noch. Alle Zeitungsträger und die Geschäftsstelle, Goethestr. 59, nehmen jederzeit Bestellungen auf das Rieser Tageblatt entgegen.

Am Sonntag, den 18. Dezember, ist mein Geschäft von 11 Uhr bis 6 Uhr geöffnet.

Riesa, Wettinerstr. 33

Kaufhaus Germer

Riesa, Wettinerstr. 33

Inh.: Paul Asbeck.

Sarte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt.

Selbstmitleid hatte in der Ferne seine Sehnsucht von allen Orten der Heimat am seltensten dieses Haus umkreist. Aber nun stand schon die Mama mit glücklich leuchtendem Antlitz dort oben auf der Treppe — die schöne, bleiche, anmutige Mama! Er war im Ru auf dem Wagen und mit zwei Sägen die Stufen hinaufgesprungen, um ihr mit einem halbversteckten Bärtchenslächeln um den Hals zu fallen.

Sie war ins Vestibül zurückgetreten, bevor er seine Umarmung ausgeführt. Er sah sich in dem rund gedachten weiten, abermals etwas langweiligen Raum um.

„Wo ist denn Harry?“ fragte er, noch immer die Hand der Mutter kreuzend in der seinen haltend.

„Er ist so?“ fragte der Gutsherr, der ihnen gefolgt war, mit kaum merklichem Lächeln.

„Harry mußte leider fortreiten.“ sagte Frau von Ossenheim abgernd.

„Wenn er müde?“ — sprach Udo heiter, sie auf das kleine Empfangszimmer zuwärtend, das der Gutsherr eben für sie öffnete.

„Harry muß immer, wenn er will.“ bemerkte Herr von Ossenheim mit einer leichtesten Schärfe im Ton.

Auf der weißen Seiten seiner Gattin lagerte eine Wolke. Udo mußte ans frühere Erfahrung, daß diese Verstimmung dem ältesten Bruder galt. Wenn der Vater den Stiefsohn tadelt, war die rechte Mutter stets bereit, gegen ihn Partei zu nehmen. Dies bei sich konstatieren und ein herzliches Mitleid mit ihrer Schwäche empfinden, war für Udo von Ossenheim ein. Er legte wie schweigend den Arm um sie, während sie über die Schwelle leitete.

„Weg ist er!“ hieß es in der Vestibül, von wo man natürlich die Ankunft des Herrenhofes mit Argusaugen durch das Fenster beobachtet hatte, da Herr von Ossenheim sich eine nähere Teilnahme an seinen Familienangelegenheiten wahrheitlich verdienen haben würde. „Na, gesund scheint er ja geworden zu sein, und sogar ganz hübsch sieht er aus!“ — „Als wenn er nicht immer ein hübsches Schmeicheln gewesen wäre!“ — sprach die Köchin, die, dank ihrer Unparteilichkeit, schon

an die zwanzig Jahre im Hause diente. „Haben Sie ihn auch gesehen, Fräulein Agnes?“ wandte sie sich in mütterlich wohlwollendem Ton an ein junges, einfach, aber geschmackvoll gekleidetes Mädchen, das eben zur Tür hereintrat, ein Mädchen mit Suppenkrum am Arm. „Haben Sie ihn gesehen? Den jungen Herrn?“

Die Angeredete wandte den Kopf ab; auf ihren Wangen lag ein weiches Rot. „Ich war zufällig nicht weit vom Gartenhaus.“ entgegnete sie mit tiefer, fester, wenn auch etwas gereizt klingender Stimme. Sie packte den Inhalt ihres Korbes auf den Tisch und begann mit den schlanken, wohlgepflegten Händen die Kräuter zu pflücken.

Man war gewohnt, sich mit ihr nicht familiär zu machen, „Na, die gnädige Frau schwebt jetzt im siebenten Himmel.“ wandte man sich wieder zu feineredleichen.

Und der gnädige Herr hat nun doch erst recht Ursach, uns das Fell über die Ohren zu ziehen.“

„Und zu knauern, wo er weiß und kann.“

„Das heißt.“ sagte der Aufseher, „wenns darauf ankommt, uns was abzuwaschen.“

„Na, natürlich!“ versetzte der Diener. „Für die Bogoge ist alles übrig.“

„Schämst du dich mal!“ sprach die Köchin, die große Kanne Gießblech auf den Tisch stellend, die sie zur Frier des Tages aus eigener Machtvollkommenheit, „wer viel fragt, bekommt viel Antwort.“ pflegt sie zu sagen, zum Frühstück spendierte.

Man ließ sich nicht durch sie führen. Du wirst auch jetzt avangieren.“ bemerkte der Aufseher schadenfroh zum Bedienten, dessen Verschlingung nach länderlicher Sitte ohnehin schon eine etwas vielseitige war. „Statt vier Paar Stiefel kommst Du nun sechs Paar wischen.“

„Na, mehr Standal als der Harry wird er doch wohl nicht machen, wenn er seine nicht kriegt.“ entgegnete dieser phlegmatisch, die Augen bereits seit auf das Glas gerichtet, das ihm die Köchin einreichte.

„Standal macht der überhaupt nicht.“ sagte das älteste Stiefkind, an den Tisch sitzend; sie kramte vom Gute, hatte die Söhne das Hauses schon als Kind gekannt und importierte hier schon längst mit ihrem Vorliebe über den allgemeinen mit Spannung erwarteten Vorfall des Gutsherrn: „er kriecht bloß alles seinem Vater.“

„Aha, und das übrige kommt noch.“ versetzte der junge Diener, sich hinterm Ofen kringelnd.

„Anton, der voriges Jahr hier war, sagt, er hätte wegen dem Herrn Udo mal 'ne Ohrschüttel vom gnädigen Herrn bekommen, die er sein Leben lang nicht vergessen würde!“ —

„Was das Ausschauen betrifft.“ —

„Na!“ sagte die dritte, ein ganz junges Ding nur, und tat einen Blick gegen die Decke.

„Na, nun hört aber die Gemütslichkeit auf!“ schalt die Köchin entrüstet. „Aber 's ist man gut, daß er Euch nicht geschüttelt, sonst wärd ich schon sagen: wenn Ihr Euch soltet träumen lassen, der ist so wie — na, ich brauch mich nicht näher ausdrücken — oder solltet's noch gar darauf anlegen, das laßt Euch man vergessen. Der junge Herr ist dazu viel zu schab' und überhaupt noch ein Kind.“

„Im — hm — bloß erst zwölftwöchig.“ sprach der Aufseher mit vollen Waden haugend und trinkend. Und da Wilhelm hierüber, wie über das würdevolle Gesicht der Köchin mit unterdrücktem Gassen Klumpfen, neigte er sich zu ihm und küßte ihm etwas von „guter Familie“ zu, daß dieser dunkel rot vor Vergnügen losplagte.

Im nächsten Augenblick jedoch suchte er plötzlich seiner Miene den Ausdruck tiefsten Entsetzes zurückzugeben, und als die anderen beschäftigten sich auf einmal so eingehend mit ihrem Frühstück, als hätten sie nie einen anderen Gedanken gehabt. Das junge Mädchen hatte ihren Korb aufgenommen und ein paar Schritte auf sie zugemacht. Ihre klaren Augen streiften die Versammlung mit erstem, fast ganzem Blick, ihre Wangen hatten die rötliche Farbe verloren. Einen Moment stand sie so, die Hände auf die Lippen gedrückt. Dann senkte sie die Wimpern und verließ schweigend den Raum.

„'s wär' Euch recht, wenn sie alles der gnädigen Frau erzählen wärd.“ bemerkte die Köchin schadenfroh. „Warum tut ihr immer, als ob sie nicht da wär!“